



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at
Steirische Volksstimme

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen vom 17.9. und 15.10.2013

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



18.000 Unterschriften gegen Pflegeregress KPÖ-Initiative zeigt Wirkung

18.000 Unterschriften waren es letztlich, welche KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler im Rahmen einer Dringlichen Anfrage an die zuständige Landesrätin Edlinger-Ploder übergab. Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer bekamen von der Abgeordneten je eine Flasche „Regress“ überreicht.

„Gerade in den Sommermonaten haben sich die verzweifelten Hilferufe gehäuft. Menschen müssen Rückersatz für eine Leistung zahlen, die notwendig ist und das in einer Phase, die ohnehin von wirtschaftlicher Unsicherheit geprägt ist und sie kommen dadurch oft in größte Bedrängnis. Viele von ihnen werden plötzlich mit hohen Nachforderungen konfrontiert und haben keine Ahnung, wie sie das bezahlen sollen“, begründete Klimt-Weithaler die Dringlichkeit der Anfrage.

Landesrätin Edlinger-Ploder argumentierte wie gewohnt mit irreführenden Zahlen. Ihr ist offenbar gar nicht bewusst, dass der Regress bereits ab einem monatlichen Einkommen von 1.286 Euro zu bezahlen ist. Klimt-Wei-



KPÖ-Aktion vor dem Landhaus vor Beginn der Landtags-sitzung am 17.9.2013. V.l.n.r.: Stadträtin Elke Kahr, LAbg. Werner Murgg, Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und Ernest Kaltenecker

thaler: „Frau Landesrätin, bitte tun Sie nicht immer so, als wäre die Pflege in der Steiermark ohne den Regress gratis. Besitztümer, also ein Haus oder eine Eigentumswohnung und vorhandenes Vermögen werden ohnehin veräußert, d.h. die Betroffenen zahlen für ihre Pflege. Der Regress ist eine zusätzliche Steuer für Angehörige, die selbst meist ihr Leben lang Steuern und Abgaben bezahlt haben!“

In der Debatte meldeten sich für ÖVP und SPÖ die Klubobmänner Drexler und Kröpfl zu Wort, deren Beiträge sehr defensiv ausfielen und – im Gegensatz zur letzten Regress-Debatte im steirischen Landtag – mit keinem Wort die Regelung selbst verteidigten, sondern sich darauf beschränkten, die österreichweit einzigartige „Angehörigensteuer“ als haushaltspolitische Notwendigkeit darzustellen. Die KPÖ wertete diesen inhaltlichen Richtungswechsel der ‚Reformpartner‘ als Zeichen, dass der immer weitere Kreise ziehende Protest gegen den Regress langsam bei den Großparteien angekommen ist und offenbar schon Ausstiegs-szenarien entworfen werden.

Nicht nur die Arbeiterkammer und der ÖGB verabschiedeten Resolutionen gegen den Regress, auch zahlreiche steirische Gemeinden – SPÖ- wie ÖVP-do-

minierte – fassten teilweise einstimmige Beschlüsse. Auf Antrag der KPÖ kamen solche Beschlüsse in den Gemeinden In Eisenerz, Fohnsdorf, Mürrzuschlag, Kapfenberg, Knittelfeld, Spielberg, Zeltweg, St. Stefan ob Leoben und in Graz zustande.

Nach langer Debatte stimmten SPÖ und ÖVP gegen die Abschaffung des Pflegeregresses. Unterstützung bekam die KPÖ-Initiative von Seiten der FPÖ und der Grünen. „Wir haben nicht erwartet, dass SPÖ und ÖVP sofort einlenken. Der Druck steigt aber, und der Tag wird kommen, an dem die selbsterhellenden Landesfürsten für ihre Belastungspolitik die Rechnung präsentiert bekommen und den Regress abschaffen müssen. Dafür werden wir weiterkämpfen.“

VFGH-Urteil lässt hoffen

Am 24. Oktober urteilte das Höchstgericht, dass die Praxis, weitere Unterhaltspflichten bei der Berechnung der Höhe der Regresszahlungen nicht zu berücksichtigen, verfassungswidrig ist (allerdings nicht der Regress an sich). Sollte durch eigene Pflegekosten oder durch Unterhaltspflichten gegenüber anderen Angehörigen der eigene Unterhalt gefährdet sein, „scheidet der Pflegeregress grundsätzlich von vornherein aus“; so das Verfassungsgericht wörtlich. Genau dies wurde in der Steiermark aber niemals so gehandhabt, betont die KPÖ. Durch dieses Urteil ist zu erwarten, dass viele jetzt vom Regress Betroffene dann nicht mehr zahlungspflichtig sind.



Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau

Klimt-Weithaler: „Steiermark ist mit Voves und Schützenhöfer in wirtschaftliche Abwärtsspirale geraten“

Dramatische Zahlen meldet das AMS Steiermark, 33.000 Steiererinnen und Steierer waren im September offiziell arbeitslos. Noch nie gab es in diesem Monat einen so hohen Wert. Verantwortlich dafür sind aber nicht nur große Firmenpleiten, sondern auch die durch die selbst ernannten „Reformpartner“ Voves und Schützenhöfer durchgeführte Kahlschlagpolitik, der tausende Arbeitsplätze zum Opfer gefallen sind. Das betonte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Die von LH Voves angeführte Landesregierung hat über 1000 Arbeitsplätze alleine in Folge der Kürzungen im Behindertenbereich vernichtet. Das besagen offizielle Zahlen des Landes Steiermark. Auch die so genannte Verwaltungsreform kostet zahlreiche Arbeitsplätze, die nun besonders notwendig wären.

Bei den Gemeindefusionen und den Umstrukturierungen

im öffentlichen Dienst ist es sogar das erklärte Ziel von SPÖ und ÖVP, Arbeitsplätze abzubauen. „Tausenden Betroffenen drohen weitere Einschnitte bei Arbeitsplätzen, Einkommen und somit bei der Kaufkraft. Die Budgetpolitik ist ein Motor der zunehmenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten. Immer mehr werden in die Abhängigkeit von Unterstützungen gedrängt, die dafür immer geringer ausfallen. Die Steiermark befindet sich dank dieser Politik in einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale“, so die KPÖ-Klubobfrau.

Sparpolitik im Sozialbereich ist der falsche Weg. Die Folgekosten des kurzfristigen Kahlschlags sind hoch, auch wenn sich die Maßnahmen kurzfristig als Einsparungen darstellen lassen. Alleine der Kaufkraftverlust der vom Pflegeregress Betroffenen ist kein vernachlässigbarer Faktor.

Heizkostenzuschuss erhöhen!

LAbg. Werner Murgg: Steiermark Schlusslicht – Bedürftige haben oft keinen Anspruch

Seit 14. Oktober können Menschen mit geringem Einkommen in der Steiermark bis 13. Dezember den Heizkostenzuschuss des Landes beantragen. Allerdings ist der Betrag – 100 Euro (120 bei Ölheizungen) – nicht nur der niedrigste in Österreich, durch eine absurde Regelung können viele Bedürftige den Zuschuss gar nicht beantragen. Darauf weist KPÖ-LAbg. Werner Murgg hin.

Der Grund dafür ist, dass Personen, die Wohnbeihilfe beziehen, keinen Heizkostenzuschuss bekommen dürfen. „Das ist widersinnig, da genau diese Gruppe Unterstützung benötigt. Man darf nicht vergessen, dass unter Landesrat Schrittwieser jener Anteil der Wohnbeihilfe, der für Betriebskosten bestimmt ist, halbiert wurde“, so Murgg.

Die Steiermark fällt unter Landeshauptmann Voves und Soziallandesrat Schrittwieser (beide SPÖ) in der Sozialgesetzgebung immer weiter hinter die anderen Bundesländer zurück.

Der Regress wird nur in der Steiermark eingehoben, die Mindestsicherung wurde gegenüber der Sozialhilfe deutlich gesenkt, die Wohnbeihilfe gekürzt, Kindergartengebühren eingeführt. Ganz massive Verschlechterungen hat es im Bereich der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt gegeben, weitere Kürzungen werden bereits verhandelt.

Die KPÖ fordert die Erhöhung des Heizkostenzuschusses – und das auch für Bezieher der Wohnbeihilfe.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantwortl. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gvat // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Gemeindefusionen: „Millionenschwere Propaganda auf Landeskosten“

LAbg. Murgg (KPÖ): Voves und Schützenhöfer stellen Demokratie auf den Kopf

Die Vorgangsweise der Gemeindeinitiative, die Bevölkerung einzubinden, ist nicht nur legitim, sondern eine selbstverständliche demokratische Vorgangsweise. Die Steuergelder, welche die steirische Gemeindeinitiative ausgibt, betragen nur Bruchteil dessen, was Voves und Schützenhöfer für ihre Propaganda ausgegeben haben. 20 Millionen Euro kosten alleine die Zahlungen, mit denen Gemeinden unter Druck gesetzt werden, einer Fusion zuzustimmen. Das hält KPÖ-LAbg. Werner Murgg fest.

Die Bürgermeister der Gemeindeinitiative, die sich gegen eine Zwangsfusion ihrer Gemeinden wehren, werben für die Eigenständigkeit, nachdem (!) sie die Bürger befragt haben. Im Gegensatz dazu greift die Landesregierung zuerst zu Drohungen

und ruft vor diesem Hintergrund zu Abstimmungen auf – oder dekretiert Fusionen ohne Beteiligung der Bevölkerung.

Werner Murgg: „In anderen Gemeinden kämpfen Bürgerinitiativen oft gegen die von Voves und Schützenhöfer ferngesteuerten eigenen Bürgermeister. Hier davon zu reden, die Bürgermeister würden sich Bürgerinitiativen selbst heranzüchten, ist reiner Hohn! Während die Bürgermeister der Gemeindeinitiative ihre Bürger befragt haben, bevor sie gegen die Fusion tätig geworden sind, stellen Voves und Schützenhöfer die Demokratie auf den Kopf. Die ‚Reformzwillinge‘ überschwemmen die Gemeinden mit einer millionenschweren Propaganda auf Landeskosten und befragen die Bürger – wenn überhaupt – nach erfolgter Kopf-wäsche.“

Spitalsnotstand in der Steiermark

LAbg. Murgg (KPÖ): „Reformpartner‘ haben Gesundheitssystem krank gemacht“

Seit Jahren ist bekannt, dass die Wartezeiten auch auf lebenswichtige Operationen in der Steiermark sehr lang sind. Der Mangel an Betten, Personal und Ressourcen nimmt dramatische Formen an, wie auch ein nun bekannt gewordener Bericht der Uniklinik Graz aufzeigt. Trotz des herrschenden Spitalsnotstandes hält Landesrätin Edlinger-Ploder an ihrem Kahlschlag fest, alleine in Graz sollen noch 450 Betten beseitigt werden.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Es ist nicht verwunderlich, dass Krankenhäuser in den Regionen mehr Patienten nach Graz schicken. Es wurden ja bereits überall Abteilungen und ganze Krankenhäuser geschlossen. Die selbst ernannten Reformpartner von SPÖ und ÖVP haben das Gesundheitssystem krank gemacht.“

Auch in anderen steirischen Spitalern klagen Patienten und Beschäftigte über unwürdige Bedin-

gungen. So wird aus steirischen Spitalern auch über einen Mangel an Arbeitskleidung und Trinkgläsern berichtet, während die Räume während der Hitzewelle viel zu hohe Temperaturen erreichen.

Murgg: „Es wird auch zu klären sein, wie viele Überprüfungen es bezüglich der Überschreitungen der Arbeitszeit gegeben hat, welches Risiko dadurch entsteht und wie hoch die Strafzahlungen sind. Krankenhäuser, in denen das Personal permanent überlastet ist, stellt nicht nur für Patientinnen und Patienten ein Risiko dar, sondern auch für das Land.“



Glücksspiel: Der große Schwindel der „Reformpartner“

Steirische Regelung: Schlechteste Lösung für Spieler, maximaler Gewinn für Anbieter

Unter dem Vorwand, mehr für den „Spielerschutz“ zu tun, haben SPÖ und ÖVP im steirischen Landtag bekannt gegeben, „nur mehr“ 1000 Automaten zuzulassen und die Einzelaufstellung künftig zu verbieten. Was auf den ersten Blick wie ein Fortschritt wirkt, stellt sich bei näherer Betrachtung als die – im Rahmen des neuen Bundes-Glücksspielgesetzes – als die schlechteste aller Möglichkeiten heraus. Darauf weist KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler am Donnerstag hin.

Dass statt der derzeit ca. 3300 legal betriebenen Automaten nur noch 1000 Stück aufgestellt werden dürfen, ergibt sich aus dem Glücksspielgesetz, das diese Zahl für die Steiermark als Obergrenze definiert. Drei Lizenzen werden dafür künftig an Glücksspielunternehmen vergeben. Gerüchten zufolge soll dabei Unternehmen der Novomatic AG der Vorzug gegeben werden.

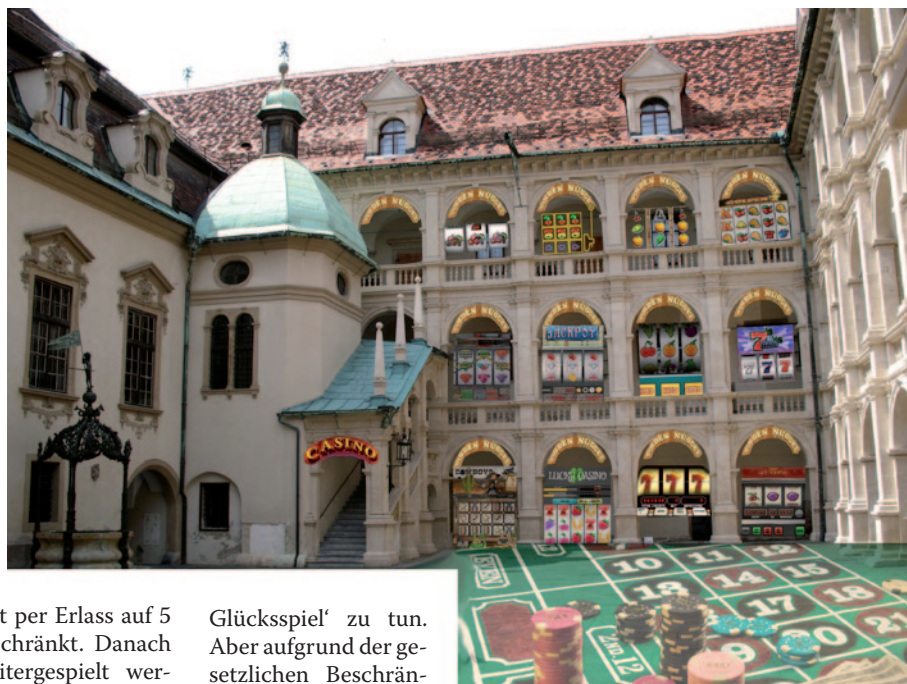
Diese Automaten sollen künftig nicht mehr in Einzelaufstellung (1 – 3 Geräte pro Standort), sondern ausnahmslos in sogenannten Automatenhallen (10 – 50 Geräte) aufgestellt werden. Was besonders SPÖ und Sozialistische Jugend als Fortschritt im Kampf gegen die Spielsucht darzustellen versuchen, erweist sich beim näheren Hinsehen als die schlimmste im Rahmen des Bundesgesetzes mögliche Variante.

In den Automatenhallen

sind künftig Einsätze von 10 Euro möglich (bisher 50 Cent), der Höchstgewinn beträgt 10.000 Euro (bisher 20 Euro). Die Pause zwischen Spielen muss 1 Sekunde betragen. Nach zwei Stunden ununterbrochenen Spielens darf der Automat in einer „Abkühlungsphase“ kein weiteres Spiel zulassen

– diese Pause ist per Erlass auf 5 Minuten (!) beschränkt. Danach darf sofort weitergespielt werden. In 24 Stunden können somit bis zu 828.000 Euro eingesetzt werden (23 Stunden Spieldauer, 1 Stunde „Abkühlphase“, 1 Spiel pro Sekunde, 10 Euro Einsatz pro Spiel). – Bei Einzelaufstellungen beträgt der Höchsteinsatz 1 Euro, der Höchstgewinn 1000 Euro. Zwischen den Spielen beträgt die Pause 2 Sekunden. Innerhalb von 24 Stunden beträgt die maximal zulässige Spieldauer 3 Stunden. In 24 Stunden können somit höchstens 5400 Euro eingesetzt werden (3 Stunden, ½ Spiel pro Sekunde, 1 Euro Einsatz).

Klimt-Weithaler: „Beides hat nichts mehr mit ‚Kleinem



Glücksspiel‘ zu tun. Aber aufgrund der gesetzlichen Beschränkungen wäre die Einzelaufstellung noch die unschädlichere Variante. SPÖ und ÖVP geht es offensichtlich nicht um den Schutz der Spielsüchtigen, sondern der Glücksspielindustrie maximalen Gewinn zu ermöglichen. Wer die Geschäftemacherei mit der Spielsucht beenden will, muss mit der KPÖ für einen Ausstieg stimmen.“

Das Argument, das Land müsse Lizenzen vergeben, da ansonsten der Lizenzinhaber (Österreichische Lotterien) so genannte Video Lotterie Terminals (VLTs) aufstellen würde, erweist sich ebenfalls als sehr zweifel-

haft. Lotterien-Vorstandsdirektor Stickler wird im „Falter“ Nr. 35/2011 (31.8.2011) in folgender Passage zitiert: „Das (...) Argument, wonach die österreichischen Lotterien angesichts ihrer Bundeslizenz selbst bei einem Landesverbot Automaten betreiben dürfen, entkräftet ausgerechnet Lotterie-Chef Friedrich Stickler: Sollte Wien sie verbieten, würde man keine eigenen Automaten aufstellen.“

Mindestsicherung: Volksanwaltschaft zeigt schwere Verfehlungen des Landes Steiermark auf

KPÖ fordert Neuverhandlung der Mindestsicherung

Vernichtende Kritik übt die Volksanwaltschaft an den Versäumnissen in der steirischen Sozialpolitik. Nun liegt ein neues Dokument vor, in dem die Volksanwaltschaft schwere Vorwürfe gegenüber dem Ressort von Soziallandesrat LH-Stv. Schrittwieser erhebt. Die Mindestsicherung wird in vielen Fällen nicht gesetzeskonform berechnet: Bei der Bemessung der Unterstützung wurde eine noch gar nicht zuerkannte Wohnbeihilfe – die übrigens durch die Halbierung der Mittel für Betriebskosten vor kurzem

drastisch gekürzt wurde – mit eingerechnet.

Zur Erinnerung: Ca. 100 Euro im Monat haben Steirerinnen und Steirer, die aufgrund finanzieller Notlagen vorübergehend oder dauerhaft von der Mindestsicherung abhängig sind, gegenüber der 2011 abgeschafften Sozialhilfe durchschnittlich verloren. Das kritisiert die steirische KPÖ seit Einführung dieser Regelung. Kritik daran übten zahlreiche Sozialeinrichtungen, aber auch Sozialminister Hundstorfer (SPÖ), da sich die Steiermark verpflich-

tet hat, keine Verschlechterungen einzuführen.

Nach der Abschaffung des Kinderzuschusses und der allgemeinen Kürzung des Betrages, den sozial Bedürftige erhalten, ist diese Berechnung auf der Grundlage fiktiver Zahlen ein neuerlicher Hinweis, dass in der Steiermark systematisch versucht wird, den Leistungsanspruch so gering wie möglich zu halten – auch unter Missachtung bestehender Gesetze. Die KPÖ setzt sich für eine Neuverhandlung der Mindestsicherung in der Steiermark ein.

Labg. Klimt-Weithaler: „Die

„Reformpartner“ sparen bevorzugt bei Gruppen, die sich nur schwer wehren können: bei den sozial Schwächsten, bei Menschen mit Behinderung, bei Kindern und Jugendlichen. Die Mindestsicherung muss unverzüglich neu verhandelt werden, das ursprünglich zwischen Bund und Ländern vereinbarte Verschlechterungsverbot muss auch in unserem Bundesland eingehalten werden. Und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass das Land von rechtswidrigen Praktiken im Vollzug der Sozialgesetzgebung Abstand nimmt.“

Armut: „Anti-Kinder-Koalition“ in der Steiermark

Klimt-Weithaler (KPÖ) wirft Voves und Schützenhöfer vor, Kinderarmut zu verschärfen

Erschreckende Daten liefert eine Studie der Volkshilfe über Kinderarmut in Österreich: Jedes sechste Kind wächst in Armut auf, die Eltern können sich Wohnung, Heizung und Essen nur mit Mühe leisten. Auch die Zukunftschancen dieser Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Situation oft ausgegrenzt werden, sind stark beeinträchtigt. Und jedes vierte Kind fährt nie auf Urlaub.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler wirft den steirischen „Reformpartnern“ von SPÖ und ÖVP vor, sehr viel zu dieser Entwicklung beigetragen zu haben. „Anstatt Maßnahmen zu treffen, die Kinder aus der Armut holen und deren Familien bestmöglich unterstützen, sparen Voves und Schützenhöfer auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen. Viele Familien leben bereits in bitterster Armut. Die Landesregierung will davon nichts wissen. Im Gegenteil, Voves und Schützenhöfer verbauen den Kindern die Zukunft.“

Weitere 10 Schulen fallen der SPÖ-„Bildungspolitik“ zum Opfer

In Beantwortung einer KPÖ-Anfrage kündigte Schullandesrat Schickhofer (SPÖ) im August an eine „schwarze Liste“ von steirischen Schulen vorzulegen, die am Ende des Schuljahres geschlossen werden. Im Oktober legte Schickhofer die Liste vor – allerdings nicht dem Landtag, sondern den Medien. Eine nächste Schließungswelle soll in einem Jahr folgen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler bezeichnete die Schulschließungen als „Armutszugnis für die Landesregierung“. Denn diese konnte bis heute kein schlüssiges Konzept vorlegen, in dem der Vorteil der Schulschließungen plausibel erklärt wird. Es wird der Eindruck erweckt, alsginge es dabei nicht um Einspa-

rungen, sondern um eine Verbesserung der Qualität. Das genaue Gegenteil ist aber nach den bisher gewonnenen Erfahrungen der Fall.

Klimt-Weithaler: „Die Schulschließungen sind Teil der Kürzungspläne der Landesregierung. Es geht um radikale Einsparungen im Bereich der ländlichen Infrastruktur. Die Menschen haben längere Wege in die Schule, zum Kindergarten, zum Gemeindeamt, zur nächsten Post. So geht die Lebensqualität im ländlichen Raum verloren.“

Die betroffenen Schulen sind: Gusswerk, Haslau, Mitterlabill, Oppenberg, Radmer, Schönberg, St. Anna ob Schwanberg, St. Ruprecht bei Murau, Unterburg und Vordernberg.

- Mit der Einführung der **Mindestsicherung** wurden sozial schwachen Familien Leistungen gekürzt, **kinderreiche Familien verloren am stärksten**.
- Die **Halbierung** des Zuschusses für **Betriebskosten** bei der Wohnbeihilfe stellt manche steirische Familien im Winter vor die Entscheidung, zu heizen oder Lebensmittel zu kaufen.
- **Streichung des Kinderzuschusses** in der Höhe von 145,35 Euro (nach der Geburt ein Jahr lang an Familien ausbezahlt, wenn das Einkommen unter 793,40 Euro lag).
- Einkommensschwache Familien haben keinen Rechtsanspruch mehr auf eine Beihilfe zu **Kindererholungsaktionen**.
- **Streichung der Sozial- und Lernbetreuung** – 1500 Kinder verloren ihre Betreuung und

damit Zukunftschancen (und 500 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz).

- Durch die **Einführung von Kindergartengebühren** bleibt vielen Kindern ein Besuch verwehrt.
- Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wurde die erfolgreiche **Entwicklungsförderung ersatzlos gestrichen**.
- Die ständige Erhöhung der **Musikschulbeiträge** schließt immer mehr Kinder davon aus, ein Instrument zu lernen.

Klimt-Weithaler: „Erst am 15. Oktober 2013 haben SPÖ und ÖVP den Rechtsanspruch auf Kindererholungsaktionen abgeschafft. Das war für viele Kinder aus Familien mit geringem Einkommen die einzige Möglichkeit, die Ferien außerhalb der eigenen vier Wände zu verbringen.“

KURZMELDUNGEN

Hundesteuer

Nachdem SPÖ und ÖVP daran festhalten, die exorbitante Erhöhung der Hundesteuer durchzupfeilsen, setzt sich KPÖ-LAbg. Werner Murgg dafür ein, die Abgabe für Hunde aus Tierheimen auszusetzen.

Verkehrsverbund

Die KPÖ setzt sich dafür ein, die weit über dem Verbraucherpreisindex liegenden Verteuerungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln des Verkehrsverbundes zurückzunehmen.

Kärnten

Das Land Kärnten wird nach der Abschaffung des Pflegeregresses im Mai nun auch die Wohnbeihilfe ab November erhöhen. In der Steiermark gehen die Uhren anders: Am Regress wird festgehalten, eine dringend notwendige Erhöhung der Wohnbeihilfe lehnen die selbst ernannten Reformpartner von SPÖ und ÖVP ab – stattdessen wurde der Anteil für Betriebskosten drastisch gekürzt. Wohnen wird für immer mehr Menschen zum Luxus, betont KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Im für die Wohnbeihilfe zuständigen Unterausschuss des steirischen Landtags haben SPÖ und ÖVP

einen Antrag der KPÖ betreffend Erhöhung der Wohnbeihilfe wiederholt auf die lange Bank geschoben.

Magna-Förderung

Schon zu Zeiten, als Frank Stronach noch Miteigentümer war, flossen gewaltige Fördermittel in den Magna-Konzern. An dieser Praxis hat sich nichts geändert. In der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates des Landes Steiermark wurde Magna für eine Investition in Lannach in Höhe von 6,5 Millionen Euro wieder mit fast 2,3 Millionen Euro aus Steuermitteln gefördert. Dabei handelt es sich um 35,29 Prozent der Investitionssumme. Das Land Steiermark übernimmt davon 389.778 Euro, der Rest sind Bundesmittel. Die KPÖ stimmte im Beirat gegen diese Förderung. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Der ehemalige Magna-Miteigentümer Stronach lässt keine Minute vergehen, in der er nicht darauf aufmerksam macht, wie durch seine Tüchtigkeit ein Firmenimperium entstanden sei. Dass dieser Konzern bei jeder Investition in der Steiermark bis zu einem Drittel der Investitionssumme von der öffentlichen Hand bezahlt bekommt, vergisst er wohlweislich dazu zu sagen.“



Arbeiterkammerwahl 2014
27. März bis 9. April 2014

Mit Arbeiterkammerrat
Kurt Luttenberger für die
Liste GLB (Gewerkschaftlicher
Linksblock)-KPÖ

